

# Leitfaden 2020

zur Kommunalwahl am 13. September

Portrait | Selbstverständnis | Ziele | Arbeitsschwerpunkte

*„Die Generation 2020 in Gütersloh will politische Mitarbeit aller Generationen!“*

*„Wir geben ihr die Chance zum Mitmachen und Mitgestalten!“*



UWG



Unabhängige Wählergemeinschaft e.V. Gütersloh

## **UWG 2020: Porträt und Selbstverständnis**

*„Die Generation 2020 in Gütersloh will politische Mitarbeit aller Generationen!“*

*„Wir geben ihr die Chance zum Mitmachen und Mitgestalten!“*

Unter diesem Leitmotiv steht die Kommunalwahl 2020 für die Unabhängige Wählergemeinschaft Gütersloh am 13. September 2020. Wir, als unabhängige Wählergemeinschaft, haben unsere Wurzeln im kommunalpolitischen Raum und sind im Landesverband der Freien und Unabhängigen Bürger- und Wählergemeinschaften NRW e.V. zusammengeschlossen. Wir gehören zur politischen Landschaft des Landes NRW.

Als Wählergemeinschaft wollen wir die kommunale Selbstverwaltung stärken und treten für eine eigene Finanzhoheit ein, um die Eigenständigkeit der Kommunen zu erhalten. Es geht uns bei allen Anliegen um die grundsätzliche Demokratisierung im Sinne von Bürgerinteressen. Allein diese politischen Grundanliegen unterscheiden uns im Kern von den etablierten Parteien und von den anderen populistisch und kleinteilig agierenden politischen Gruppierungen auf kommunaler Ebene.

Die Stärkung der Kommunen und der Anspruch parteipolitisch unabhängige und ideologiefreie Sachpolitik für die Bürgerinnen und Bürger zu machen, gehören zum programmatischen Kern einer kommunalen Wählergemeinschaft, wie die UWG Gütersloh. Die Unabhängige Wählergemeinschaft ist eben keine Partei, sondern eine Gemeinschaft engagierter Bürgerinnen und Bürger, die sich seit 1994 unabhängig, sachbezogen und bürgernah engagiert und auch in Zukunft im Gütersloher Stadtrat vieles bewegen will.

Es geht dabei um eine Stadtpolitik, die auf die Notwendigkeiten und Interessen der Stadt und seiner Ortsteile ausgerichtet ist. Deshalb setzen wir uns für die Lösung der ganz konkreten, alltäglichen Probleme und Sorgen der Menschen in Gütersloh ein und haben dabei auch die Weiterentwicklung der Stadt als Ganzes im Fokus, so Peter Kalley, der Vorsitzende der Unabhängigen Wählergemeinschaft Gütersloh.

Eine weitere wichtige politische Ausrichtung der UWG ist es, absolute Mehrheiten im Stadtrat zu verhindern, um die Entwicklung der Stadt zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger durch ausgewogene demokratische Entscheidungsprozesse zu gewährleisten. Sachpolitik statt Parteipolitik.

## **UWG 2020: Ziele und Arbeitsschwerpunkte**

Die Wahlziele und politischen Arbeitsschwerpunkte der Unabhängigen für die Kommunalwahl 2020 sind auf die Belange der Bürgerinnen und Bürger sowie auf die dringenden Problemlösungen der Stadt Gütersloh ausgerichtet.

Aus diesem Grund muss wieder mehr kommunale Eigenverantwortung in den Vordergrund gestellt werden. Oberstes Wahlziel der UWG ist und bleibt – gerade unter den Auswirkungen der Corona Pandemie – die nachhaltige Konsolidierung des städtischen Haushalts.

Eines ist klar: die bereits beschlossenen Investitionen, wie der Aus- und Umbau der Schulen, Kindertagesstätten, Breitbandnetz etc. sind bei Steuereinnahmen, die nicht einmal mehr die laufenden Ausgaben decken, nur durch eine neu auszurichtende Haushaltsführung langfristig zu finanzieren.

Da Personal und Finanzen als Engpass den Handlungsspielraum der Stadt massiv begrenzen und Probleme schaffen, will die UWG vorrangig darauf drängen, endlich Prioritäten in der Haushaltspolitik zu setzen.

Nur eine finanzierbare und nachhaltig ausgerichtete Haushalts- und Investitionspolitik sichert auf lange Sicht Generationengerechtigkeit. Hinzu kommt die ungelöste Frage der Finanzierung dramatisch steigender Pensionslasten für die Altersversorgung der städtischen Beamtinnen und Beamte, deren Klärung die UWG dringend einfordert. Eine tickende Zeitbombe zukünftiger Haushalte!

Die UWG schlägt als Handlungsempfehlung vor, eine „Strategische Haushaltskonsolidierung“ mit einem tiefgreifenden Reformprozess in der Verwaltung und in den städtischen Betriebseinrichtungen mit schlanken Strukturen und flexiblen Ressourcen einzuleiten. Um dieses Ziel zu erreichen, ist neben Effizienzverbesserungen, Kosteneinsparungen, Transferleistungsreduzierungen sowie der Einhaltung von Investitionsbudgets aber vor allem eine langfristige Steigerung der Steuereinnahmen notwendig.

Eine Dringlichkeit bestehe in der Schaffung neuer Gewerbegebiete, um so zusätzliche Arbeitsplätze und Steuereinnahmen generieren zu können. Ein weiterer, unverzichtbarer Baustein in diesem Konzept zur Haushaltskonsolidierung ist eine interkommunale und verstärkte Zusammenarbeit mit dem Kreis.

Es darf am Ende nicht sein, dass eine junge Generation, die sich heute engagiert für nachhaltigen Umwelt- und Klimaschutz einsetzt, morgen auch noch die Finanzlöcher einer heute verfehlten Haushaltspolitik stopfen muss.

## Wichtige Ziele und Aufgabenschwerpunkte für die politische Arbeit der Unabhängigen im Rat der Stadt Gütersloh sind:

- » **Ein grundsätzliches zentrales Anliegen der UWG ist es, dass Gütersloh seinen Bürgerinnen und Bürgern, das sind die Familien, Singles, Kinder, Jugendliche, Senioren, Behinderten und ausländischen Mitbürger, einen sicheren Lebensraum bietet.**

Alle müssen sich wohlfühlen können. Was macht eine Stadt lebenswert und familienfreundlich? Viele Kitas, gute Schulen, bezahlbarer Wohnraum, starke Wirtschaft und Handwerk mit qualifizierten Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, pulsierende Innenstadt mit guten Einkaufsmöglichkeiten, Gastronomie und Aufenthaltsqualität, Mobilität, Sicherheit, Vereine, gute medizinische Versorgung, die Nähe zur Natur und natürlich vieles mehr.

- » **Vorrang haben deshalb für die UWG ausreichende Betreuungsplätze in den Kitas und zukunftsorientierte Schulentwicklungskonzepte.**

Deshalb setzen wir uns ein für den zeitnahen und bedarfsorientierten Aus- und Anbau bei Schulen und Kindertagesstätten zu angemessenen Gebühren aller Familien. Wir fordern mehr Erzieherinnen und Erzieher an den Kitas sowie eine bessere Bezahlung dieser so wichtigen, vorschulischen/pädagogischen Betreuung unserer Kinder.

„Wertschätzung drückt sich nicht nur in warmen Worten aus“. An den Schulen verändert die zunehmende Digitalisierung mit hoher Dynamik auch den Blick auf zukünftige berufliche Anforderungen. Darauf sind die Schülerinnen und Schüler in der Schule qualifiziert vorzubereiten.



» **Die Gestaltung der schulischen Bildung in der digitalen Welt muss dazu beitragen, dass das Lernen vielfältiger, individueller und aktivierender gestaltet werden kann.**

Aber die Schülerinnen und Schüler müssen in einer digitalen Welt auch die erforderlichen sozialen und kommunikativen Kompetenzen erwerben und lernen mit dem Medium und seinen Techniken sinnvoll und verantwortlich umzugehen. Für uns, die UWG, ist Voraussetzung, die mit der Digitalisierung verbundenen technischen Möglichkeiten sollen im schulischen Umfeld nur auf Basis klarer pädagogischer Konzepte eingesetzt werden. Die Technik muss der Pädagogik folgen. Negative Aspekte der Digitalisierung an den Schulen, die zu gesundheitlichen Problemen führen können, sind ein Hinweis -mit wissenschaftlichen Aspekten unterlegt-, den die UWG aufgegriffen hat. Wir haben wegweisend darauf aufmerksam gemacht, dass digitalisiertes Lernen an Schulen nicht zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen darf.

Autonomes digitales Lernen, ein Traum, der ohne intensive Pädagogik zum Albtraum werden kann. Die positiven Elemente des digitalen Lernens erfordern eine intensive pädagogische Betreuung und Lenkung. Die Nutzung von Smartphone und Tablet können ernsthafte gesundheitliche Folgen haben über die unbedingt aufzuklären ist. Die Schulen und damit die Politik und die Stadtverwaltung als Schulträger haben die Verantwortung für eine Schul- und Unterrichtsentwicklung, die die Bildung in einer digitalen Welt einerseits nachhaltig sichert, andererseits dürfen die entstehenden Probleme nicht allein Eltern und Lehrern aufgebürdet werden.

Deshalb hat die UWG dazu in den Diskussionen der städtischen Fachausschüsse stets darauf hingewiesen, dass Schulbauten und -einrichtungen in ihrer Ausgestaltung systemkonform die Belange von digitalem Schulunterricht zu berücksichtigen haben.

» **Wir müssen die Digitalisierung und den Breitbandausbau als politische Herausforderung und gesellschaftliche Veränderung stärker wahrnehmen. Die flächendeckende Versorgung unserer Stadt und Ortsteile mit leistungsstarken Breitbandanschlüssen und der in einem weiteren Schritt notwendige Aufbau von Gigabitnetzen für Unternehmen sind die Grundvoraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und steigenden Wohlstand in unserer Stadt.**

Deshalb stehen Breitbandausbau und die Digitalisierung, da wo es strategisch und ökonomisch Sinn macht ganz oben auf der Agenda der UWG. Dazu gehört auch die Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung im interaktiven Dialog mit dem Bürger. Im Fokus muss die Digitalisierung an den Schulen stehen mit den technischen Voraussetzungen, wie WLAN- oder Glasfaseranschluss. Der Aufbau einer landesweiten digitalen Bildungsplattform ist Voraussetzung. Ohne Pädagogik ist auch das Tablet nichts.

Mit der Glasfasertechnologie können große Datenmengen mit höchstmöglicher Geschwindigkeit verschickt werden. Deshalb ist der Breitbandausbau für die Stadt, die Wirtschaft und die Bevölkerung so wichtig. Es wird sich zeigen ob es sinnvoll war, dass die Stadtwerke in dieses risikoträchtige Geschäft mit großen Marktteilnehmern, wie Telekom oder Deutsche Glasfaser und das mit sehr hohem Finanzmittelbedarf eingestiegen ist.

Die zunehmende Digitalisierung im Arbeitsleben, z. B. Homeoffice, darf für die Unabhängigen nicht dazu führen, dass Frauen erneut in ein überliefertes traditionelles Verhalten für ein zuhause bleiben gedrängt werden. Die Corona-Krise muss eine Ausnahme bleiben.



## » Klare Positionierung der UWG zum Systemwechsel im Schulneubau von konventioneller Bauweise auf standardisierte modulare Holzbauweise im Paket für alle Gütersloher Grundschulen.

Die UWG unterstützt die Schulleitung und den Elternrat der Grundschule Heidewald in der Forderung, die langjährige Planung der konventionellen Schulbauweiterung (Massiv-Bau) mit Priorität fortzusetzen und schnellstens abzuschließen. Es macht in diesem Fall keinen Sinn, sich dem beschlossenen Systemwechsel einer standardisierten Holzbaumodulweise für alle Gütersloher Grundschulen in den nächsten Jahren zu unterwerfen. Auch das Prüfungskonzept für die Alternativen am Grundschulstandort Neißebeweg, so die Meinung der UWG, sollte nicht wegen der Variante Holzbauweise weiter hinten angestellt werden.

Begrenzte Planungskapazitäten und der akute Raummangel an unseren Schulen erfordern zügige und vor allem flexible Lösungen. Dies ist heute mit bewährter Modul- und Containerbauweise möglich, so ein konkreter Vorschlag der UWG. Zu dem vom Stadtrat beschlossenen Verwaltungsvorschlag über einen Systemwechsel vom konventionellen Bau aus Stein hin zu einer standardisierten modularen Holzbauweise im Paket an 22 Gütersloher Schulstandorten hat sich die UWG im Vorfeld mit einem Antrag klar positioniert und für einen Masterplan zur planerischen und baulichen Umsetzung der schulischen Anforderungen ausgesprochen.

Die UWG hat letztendlich dem Verwaltungskonzept der standardisierten modularen Holzbauweise zugestimmt. Über eine abschließend verifizierte Auftrags- und Durchführungsentscheidung wird der Stadtrat in 2021 noch zu entscheiden haben. Die UWG wird es nicht versäumen darauf zu achten, dass auch das heimische Handwerk in diesem Konzept mit relevanten Aufträgen von Gewerken eingebunden ist. Ein weiterer wichtiger Aspekt den die UWG verfolgen wird, ist die genaue Kostenkalkulation des Gesamtvergabepaketes zu einem Festpreis mit den Folgekosten für 22 Schulstandorte und die Einhaltung des gedeckelten Investitionsrahmens. Aus der Verantwortung eines Kostenabgleichs mit herkömmlicher Bauweise und dem Argument, die ökonomischen Vorteile der standardisierten Holzmodulbauweise kommen aus den Synergien der Gesamtpaketvergabe, also eines nie verifizierbaren Einsparpotentials, wird sich die UWG von der Verwaltung nicht abspeisen lassen.



» **Stärker in den Blickpunkt rücken möchte die UWG, dass Vereine besser gehört und unterstützt werden und familiäre Freizeitangebote durch eine gute Ausstattung der Spielplätze und Sportstätten kostenlos zur Verfügung stehen und ausgebaut werden.**

Die Arbeit der Vereine, der freiwilligen Feuerwehren und die vielen ehrenamtlichen Initiativen und kulturellen Projekte sind für unsere Bürgergesellschaft und das Leben in unseren Ortsteilen eine verbindende Klammer.

» **Bedarfsgerechte, sichere und ökologische Verkehrskonzepte sind längst überfällig.**

Angepackt werden muss ein Masterplan für bedarfsgerechte, sichere und ökologische Verkehrskonzepte, d.h. ein für alle Verkehrsteilnehmer ausgewogenes und nachhaltiges Mobilitätskonzept. Ein Vakuum in der örtlichen Verkehrspolitik bildet im Kern der Straßenausbau in und um Gütersloh. Das Kernproblem liegt auf den innerstädtischen Knotenpunkten, den großen Kreuzungen auf dem West- und Nordring der B61. Diese Nadelöhre müssen optimiert werden, um den Verkehrsfluss zu beschleunigen.

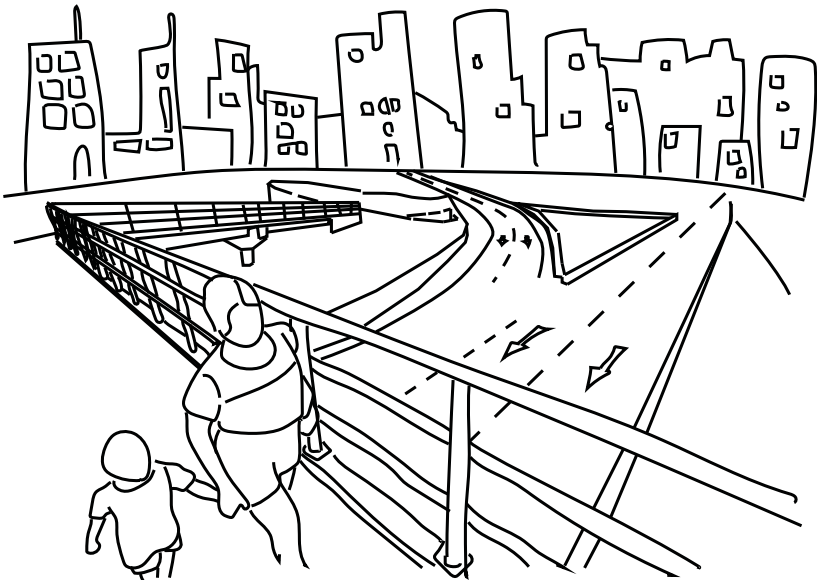
Handlungsbedarf ergibt sich vor allem aus der überlasteten Verkehrsführung der Verler Straße, der Friedrich-Ebert-Straße durch die Innenstadt. Im Fokus dabei stehen die Ausfallstraßen, also der Ring rund um Gütersloh und die B 61. Die Situation wird erschwert durch die zusätzlich erforderlichen Verkehrsanbindungen, die durch die Erschließung von Gewerbegebieten, wie das Flugplatzgelände und der Hüttenbrink in Spexard entstehen.

Auch mit der Entwicklung von Wohnquartieren, wie in Pavenstädt oder die Krullsbachau in Isselhorst hat der Ausbau der dazugehörigen Verkehrsinfrastruktur nicht Schritt gehalten. Ein Versäumnis? Allein in den Ortsteilen Isselhorst und in Friedrichsdorf durchfahren täglich je bis zu 10.000 Fahrzeuge die beiden Dörfer. Die UWG ist gegen den Ausbau der B 61, da dies automatisch als Umgehung der Bundesautobahn A2 zu einem höheren Verkehrsaufkommen führen würde und den städtischen Verkehr so zum Erliegen bringt.

Grundsätzlich gilt es, die unerwünschten Belastungen durch den motorisierten Individualverkehr sowohl im Stadtgebiet, als auch in den besonders durch den Durchgangsverkehr betroffenen Ortsteilen Friedrichsdorf und Isselhorst einzugrenzen. Eine hohe Belastung für alle Bürger insbesondere Familien, denn der Schulweg der Kinder birgt selbst in diesen kleinen Ort ein enorm hohes Gefährdungspotenzial mit dem Durchgangsverkehr der Pendler aus allen Richtungen.

Auch die Frage einer zukünftigen Südtangente für die Verkehrsentlastung um den Gewerbepark Flugplatz ist unbeantwortet. Das alles ist kein einfaches Unterfangen und eine große Herausforderung für die städtischen Verkehrsplaner, wie die Problematik am Kreuzungsausbau der Verler Straße in Spexard zeigt.

Für diese massive Zunahme des Verkehrs gibt es keine Entlastungsstraßen. Ein unhaltbarer Zustand, auf den die UWG aber auch Verkehrsgutachter mit erschreckenden Szenarien die Politik schon vor Jahren hingewiesen haben.



» **Von der Verwaltungsführung der Stadt fordert die UWG für diese Aufgabenbewältigung ausreichend qualifizierte Personalressourcen mit Spezialisten in der Verkehrsplanung und im Straßenbau.**

Der Umbau im Teilbereich der Berliner Straße, ein dringliches Projekt des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes und größte Straßenbaumaßnahme in der Innenstadt zeigt, wie zuständige Ressourcen über Monate voll beschäftigt wür andere wichtige Vorhaben blockiert sind. Wie ein roter Faden zieht sich das Problem der personellen Unterbesetzung in den Fachbereichen der Gütersloher Verwaltung bei der Aufgabenbewältigung durch die gesamte Organisation, was zu massiven Verzögerungen und Verschiebungen in den städtischen Projekten führt. Mit der Folge von Verteuerungen durch Kostensteigerungen.

» **Die zentrale Einbindung des ÖPNV in ein regionales Mobilitätskonzept der Zukunft ist dabei ein sehr wichtiger Aspekt, den die UWG wiederholt anspricht.**

Dazu gehört ein Konzept für die öffentlichen Verkehrsmittel, welches bürgerfreundliche Fahrpreise und Streckenführungen beinhaltet, um den innerstädtischen Verkehr zu reduzieren. Wichtig ist uns, die Beeinträchtigungen der Verkehrssicherheit und Bewegungsfreiheit von Fußgängern und Radfahrern - hier denken wir insbesondere an die Gefährdungspunkte für unsere Schulkinder- deutlich zu verbessern, d.h. insbesondere eine fußgänger- und fahrradfreundliche Umgestaltung wichtiger Haupttrouten im Stadtgebiet. Es geht uns um lückenlose und sichere Radwege.

» **Für Gütersloh muss gelten, dass sich die Stadtentwicklung und Mobilität auch an klar definierten Umwelt- und Klimazielen zu orientieren hat und diese auch nachgehalten werden.**

Wir wollen für die Zukunft unserer Kinder mehr individuellen städtischen Umwelt- und Klimaschutz. Wir sind Pragmatiker und keine Ideologen. Wie sagte Norbert Bohlmann in einer Ausschusssitzung des Rates der Stadt Gütersloh dazu treffend: „Manchmal sind wir grüner als die Grünen“ aber nicht aus ideologischen Gründen. Den Beweis liefert der UWG-Antrag zur dritten Gesamtschule, hier die Flächen der Außenanlagen zur Ausbildung einer Ruderalvegetation auch in Form von Mikrohabitaten auszuweisen. Die Begründung: Die dritte Gesamtschule besitzt erfreulicherweise größere Grünflächen. Gerade für eine Schule ist deren Gestaltung von besonderer Bedeutung.

In Gütersloh erfreuen etliche sorgfältig entworfene und gepflegte Grünflächen das Auge des Bürgers und machen unsere Stadt attraktiv. Es bietet sich an, nunmehr einen Kontrapunkt zu setzen, insbesondere im Umfeld einer Schule. Solche Bereiche, auch wenn sie nur klein sind, können allen die unendliche gestalterische Kraft der Natur vor Augen führen.

Flora und Fauna können sich auch auf kleinen Flächen erfreulich und langfristig zu großer Schönheit entwickeln. Schüler werden die Schönheit und botanische Vielfalt bestaunen, wenn sie in einigen Jahrzehnten eigene Kinder in diese Schule bringen. Die Umwelt und das Klima zu schützen heißt für uns auch: CO<sub>2</sub>-mindernde Umweltprojekte, Waldbereiche aufforsten, um so CO<sub>2</sub> zu speichern

und der Artenvielfalt in der Tierwelt wieder einen natürlichen Raum zu geben, moderne Energietechnik ansiedeln, Gewässerschutz und Renaturierung unterstützen, unsere Landwirtschaft wertschätzen und in den Schulen darüber aufklären unsere Natur zu achten und zu schützen. In der UWG-Entscheidungsmatrix für städtische Vorhaben werden ökologisch und umweltpolitisch relevante Einflüsse unter den strategischen Gesichtspunkten stets mit einbezogen.

## » Die Attraktivität der Gütersloher Innenstadt muss konzeptionell neu überdacht werden.

Für Gütersloh könnte man spontan sagen, so geht es nicht weiter. Die Mischung aus Einkaufen mit der Individualität kleiner Einzelhandelsgeschäfte, Gastronomieangeboten und Verweilen in der Innenstadt wünschen sich die Gütersloher Bürger schon lange. Dabei hat der Einzelhandel eine zentrale Leitfunktion für die Innenstadt.

Eine Forderung der UWG an die Stadtverwaltung ist es, dass die administrativen Restriktionen und geschäftsbremsenden Vorgaben, die eine aktive Außengastronomie derzeit auf öffentlichen Flächen/Plätzen verhindern, beseitigt werden. Unter diesem Aspekt sind der Berliner Platz und der Kolbeplatz als innerstädtische Aufenthaltsorte mit hohem Potential für die Bürgerinnen und Bürger lebenswirklicher zu nutzen. Erschwerend hinzu kommt die geplante Schließung von Karstadt mit dem Verlust von etwa 70 Arbeitsplätzen. Das Kaufhaus ist von zentraler Bedeutung für die Nahversorgung sowie als Magnet und Lebensmittelpunkt im Stadtquartier.

Die UWG fordert schnelles Handeln von der Verwaltung und Politik zur Begrenzung eines möglichen Schadens. Es darf nicht zu einer Verödung der Innenstadt kommen. Sicherlich ist es richtig, nicht nur das Karstadt-Gebäude isoliert zu betrachten, sondern das gesamte Quartier mit dem angrenzenden Problemfall Spiekergasse. Diese Überlegungen aber sind dauerhaft nur möglich, wenn Handel, Immobilieneigentümer und die Stadt eng zusammenarbeiten. Auf einfache und schnelle Lösungen wird man nicht setzen können. Wir können uns Gemeinschaftskonzepte vorstellen zwischen Handel, Gastronomie bis hin zu Büronutzung und Wohnen.

Der innerstädtische Einzelhandel darf auch nicht durch Geschäfte außerhalb der Zentren und durch eine mangelnde Erreichbarkeit der Innenstadt geschwächt werden. Eine solche Entwicklung gilt es zu verhindern. Deshalb ist ein ergänzend wichtiger Standortfaktor das bequeme und dennoch umweltfreundliche Erreichen der Innenstadt. Die Bedingung sollte unbestritten ein im Mittelpunkt dafür stehender ÖPNV erfüllen. Aber auch eine leichte Erreichbarkeit mit dem eigenen Auto ist über ausreichende, unkomplizierte Parkmöglichkeiten im Zentrum/zentrumsnähe zu akzeptierbaren Gebühren sicherzustellen.

Von daher ist die Verkehrsbelastung durch Autofahrer, die auf der Suche nach einem Parkplatz sind, besser zu steuern beziehungsweise zu vermeiden. Die zentralen Parkhäuser müssen dabei stärker in den Fokus gerückt werden. Auch diese Themen wird die UWG wieder verstärkt aufgreifen.

Es gilt ab sofort die Attraktivität der Innenstadt in den Fokus zu nehmen. Zur vorrangigen Stadtentwicklung gehört auch das Bahnhofsareal, samt Umfeld. An allen wichtigen städtischen Bauprojekten, wie den Kolbeplatz, das Kaiserquartier, den Rathausvorplatz hat die UWG mit fachlicher Expertise im Gestaltungsbeirat und im Planungsausschuss in der auslaufenden Ratsperiode aktiv mitgewirkt und entschieden.

### » **Die UWG setzt dabei auch auf ein aktives Stadtmarketing.**

Um im Wettbewerb mit Nachbarkommunen attraktiv zu sein, ist es erforderlich, dass die Stadtmarketing GmbH zur Erreichung einer überregional interessanten Innenstadt, ansprechende Konzepte für Veranstaltungen und Themen entwickelt und dabei von der Politik unterstützt wird. Nur die stetige Weiterentwicklung der Stadt Gütersloh durch gezielte Stadtplanung und Stadtentwicklung sichert eine hohe Lebensqualität in Gütersloh.

### » **Der Bedarf an bezahlbaren Wohnungen steigt; Mieten die man sich nicht leisten kann. Was ist zu tun?**

Entscheidend wird sein, ob es gelingt, die Verwaltung organisatorisch und personell im Baubereich besser aufzustellen, damit sie für zukünftige Herausforderungen über ausreichende Ressourcen verfügt, um den Wohnungsbau in der Stadt bürgerfreundlich abzuwickeln.

Hier sieht die UWG dringenden Handlungsbedarf. Die UWG legt auf den Wohnungsbau als eine zentrale städtische Aufgabe ein besonderes Augenmerk und begleitet ihn in den Fachausschüssen des Rates sehr eng.

In Gütersloh werden jährlich etwa 500 neue Wohneinheiten von privaten Bauherren und Bauträgern in den unterschiedlichsten Kategorien bis hin zum sozialen Wohnungsbau geschaffen. Grundsätzlich ist dies für die UWG ein Zeichen, dass der Wohnungsbau über private Investoren oder Genossenschaften in Gütersloh erst einmal funktioniert. Die Verwaltung versucht das Zukunftsproblem ausreichender Wohnungen in Gütersloh aktiv mit einer Neuausrichtung der Wohn- und Baulandstrategie zu entspannen, indem man Wohnbauflächen in der Stadt identifiziert. Die zweite städtische Aktivität auf dem Wohnungsmarkt ist die Gründung einer kommunalen Wohnungsgesellschaft. Der Verwaltungsaufwand einer solchen Gesellschaft ist mit hoher personeller Ausstattung und qualifiziertem Personal im Verhältnis zum gegenwärtigen Wohnungsbestand der Stadt aus unserer Sicht viel zu hoch. Hinzu kommt ein hohes finanzielles Risiko bei eigenen Bauprojekten und auch rechtliche und steuerliche Gesichtspunkte.

Es wird nicht gelingen, die Nachfrageüberhänge so zu verringern, dass dies eine gravierende Auswirkung auf die Mietpreisentwicklung haben wird. Eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft muss auch betriebswirtschaftlichen Kriterien folgen, um als solche nachhaltig zu sein. Neben der Effektivität, also dem erzielbaren Abbau des Nachfrageüberhangs im unteren Einkommenssegment, müssen kommunale Wohnungsunternehmen auch kostendeckend betrieben werden. Entscheidend aber ist, dass die Verwaltung organisatorisch und personell nicht über die Ressourcen verfügt, um die angedachte Wohnungsgesellschaft in dieser Form zu verantworten.



»» **Die UWG fordert, das Baugenehmigungsverfahren innerhalb von sechs Monaten erteilt werden, um so einen zügigen und zunehmenden Wohnungsbau sicherzustellen (Beschleunigung der Genehmigungsverfahren durch die Einstellung von zusätzlich dafür qualifiziertem Verwaltungspersonal).**

Anregungen und Bedenken der Bürger bei der Stadtplanung sind umfassend zu würdigen. Pauschale Ablehnungen der Einwände ohne eine detaillierte Begründung darf es nicht geben. Eine Stadtplanung, die dies durch unnötige Forderungen und Einschränkungen behindert, muss optimiert werden. Dies fördert die Politikverdrossenheit und schwächt das Vertrauen der Bürger in Verwaltung und Politik.

»» **Ein weiteres wichtiges Anliegen der Wählergemeinschaft ist die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe.**

Für die Entwicklungsfähigkeit der Stadt sind ausreichend vorhandene Gewerbeflächen wichtig. Fehlende Gewerbeflächen - was in Gütersloh akut der Fall ist - dürfen das Wachstum der mittelständischen Unternehmen und des Handwerks nicht limitieren. Hierbei lösen die Möglichkeiten des ehemaligen Flughafens und der Mansergh Barracks die Bedürfnisse nur teilweise und erst auf sehr lange Sicht, was als höchst unbefriedigend zu bewerten ist und kurzfristig nach Alternativen drängt.

Dabei setzt sich die UWG vorrangig für die Stärkung des Gütersloher Mittelstandes und des Handwerks ein. Dahinter stehen Arbeitsplätze für die Gütersloher Bürgerinnen und Bürger und über die Gewerbesteuer eine bedeutende Einnahmequelle für die Stadt. Auch hier hat die UWG mit ihren Statements in den städtischen Fachausschüssen wie im Stadtrat gezeigt, dass sie strategische Entwicklungsprozesse vorantreiben will.

Erst auf sehr lange Sicht kann die Entwicklung des Flugplatzgeländes einen wichtigen Stellenwert im regionalen Angebotsprofil für Gewerbe- und Industrieflächen als interkommunales Gewerbegebiet einnehmen, was aktuell als höchst unbefriedigend zu bewerten ist, weil Gewerbeflächen fehlen.



» **Mit Priorität sind eine Beschleunigung der Planungen und die Umsetzung einer neuen städtischen Quartiersentwicklung auf dem Gelände der Mansergh Baracks zu unterstützen.**

Hier schlägt die UWG ein Kooperationsmodell mit der BlmA als finanzmittelschonende Lösung für den Stadthaushalt vor. Ein historischer Baustein im Konversionsprozess ist die Entwicklung des Mansergh-Quartiers an der Verler Straße auf einer Fläche von 34 Hektar, so die Sicht der UWG.

Das Kasernengelände zu beplanen ist aber nur die eine Seite, die andere genauso wichtige planerische Aufgabe ist es, das direkte Umfeld bürgernah einzubinden und das Kernproblem einer heute schon zusammengebrochenen Verkehrsinfrastruktur der Verler Straße zu lösen.

Ein wesentlicher Aspekt für die Stadt ist die finanzielle Ausgestaltung des städtischen Zugriffsrechts auf die Flächen und Gebäude in den Verhandlungen mit der Bundesanstalt für Immobilien (BlmA) als rechtliche Eigentümerin. Am Ende bestimmen der Kaufpreis aus den Erwerbsverhandlungen mit der BlmA und die Kosten für die Baureife und Ausgestaltung des Areals den finanziellen Rahmen für die Umsetzung des Projekts.

Ein Finanzierungsbedarf, den die Stadt Gütersloh für einen Zwischenerwerb aus ihren Haushaltsmitteln und auch mit alternativen Möglichkeiten einer Überbrückungsfinanzierung wohl nicht allein stemmen kann und sollte.

Hier wäre für die UWG ein Kooperationsmodell mit der der BlmA eine mögliche Lösung. So ein aktives Kooperations-Modell ermöglicht es, den Stadthaushalt weitestgehend finanzneutral von einem Zwischenerwerb des Kasernenareals zu halten und auch von Vermarktungsrisiken weitestgehend zu entbinden. Für Investoren schafft eine enge Kooperation Stadt - BlmA ein hohes Maß an Planungssicherheit.

»» **Die Gleichbehandlung aller Stadtteile zur Erreichung gleich guter gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklungen unter Ausschließung von Interessen einzelner Kommunalpolitiker aus den Stadtteilen ist demokratisch einzufordern.**

Die UWG tritt für eine gleichmäßige Förderung und Entwicklung aller Ortsbereiche ein. Eine vergleichbare Ausstattung mit Sport-, Freizeit- sowie mit Begegnungsstätten ist Voraussetzung dafür, dass jeder Bürger in Gütersloh unabhängig von der Wohngegend am politischen, sozialen und kulturellen Leben der Stadt teilnehmen kann.

Dazu gehört auch eine gute Erschließung und Erreichbarkeit durch den öffentlichen Personennahverkehr und eine gesicherte Nahversorgung.

»» **Die Fusion der beiden Krankenhäuser St. Elisabeth Hospital und Klinikum Gütersloh darf für die UWG nicht länger kartellrechtlich unmöglich werden.**

Eine Krankenhausfusion, die nicht Scheitern durfte und einen zweiten Versuch verdient. Die UWG bedauert es sehr, dass die Fusion Städtisches Klinikum und Sankt Elisabeth Hospital nach der informellen Voranfrage beim Bundeskartellamt, von der Verwaltung so schnell zu den Akten gelegt worden ist. Wir halten das für einen großen Fehler und nicht nachvollziehbar. Nur durch die Fusion der beiden Häuser sind der wirtschaftliche Betrieb und eine gute stationäre medizinische Versorgung unserer Bürger gewährleistet.

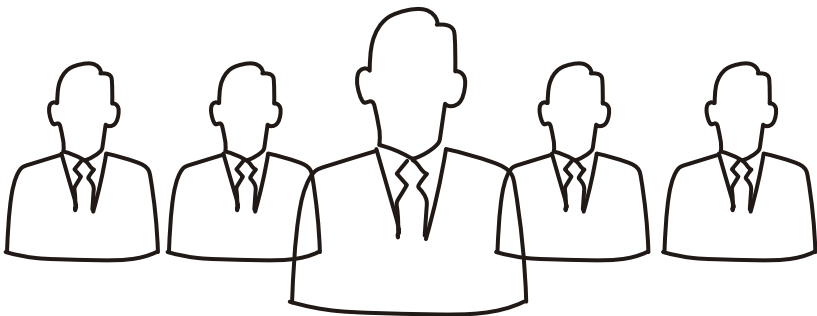
Finanzspritzen, wie Darlehen oder Kapitaleinlagen der Stadt als Krankenhausträger werden die strategischen und operativen Probleme des Klinikums auf Dauer nicht lösen. Selbst wenn man bei allem Bemühen und mit gutem Willen auf den unterschiedlichen medizinischen Ebenen zwischen den beiden Krankenhäusern versucht zu kooperieren, am Ende muss jeder für sich durch das Nadelöhr Wirtschaftlichkeit, für das er verantwortlich ist, durchkommen. Es ist und bleibt ein Existenzkampf im weiter bestehenden Verdrängungs-wettbewerb zwischen beiden Gütersloher Krankenhäusern. Für den Krankenhausträger, die Stadt Gütersloh, bedeutet das die Bereitstellung hoher finanzieller Mittel im städtischen Haushalt zur Finanzierung einer Alleinstrategie nach der gescheiterten Fusion.

## » Die Professionalisierung in der personellen Besetzung der Verwaltungs- und Aufsichtsräte kommunaler Beteiligungen ist dringend erforderlich.

Wir fordern, die Aufsichtsräte der städtischen Beteiligungen qualitativ so zu besetzen, dass eine bestmögliche Kontrolle, Gestaltung und Entwicklung der jeweiligen Gesellschaft gegeben ist. Die Politik besetzt mit unzureichender fachlicher Kompetenz und nach nicht erklärbaren Auswahlprinzipien in den Fraktionen, die begehrten, weil lukrativ vergüteten Positionen in den kommunalen Aufsichts- und Verwaltungsräten der städtischen Beteiligungen.

Dieses System hat das Scheitern des verantwortlichen Aufsichtsgremiums, dem Verwaltungsrat der Sparkasse Gütersloh-Rietberg, mit 22 verlorenen Prozessen durch alle deutschen Gerichtsinstanzen als ein sehr teures und imageschädigendes Unterfangen belegt. Es fehlt an der Professionalisierung in der Besetzung solcher Gremien durch qualifizierte, unabhängige externe Fachleute.

Aktuell schlagen die massiven Probleme eines großen strategischen Rades, was mit der Neuausrichtung des Klinikums und dem Aufbau der Breitbandsparte bei den Stadtwerken gedreht wird, mit hoher Ergebnis- und Finanzbelastung auf den Stadthaushalt durch. Ob die Kontroll- und Steuerungsmechanismen für das fast 3 Milliarden Euro große Beteiligungsportfolio der Stadt ausreichen, sieht die UWG kritisch.



»» **Das Kernproblem der Stadt: Personal und Finanzen begrenzen den Handlungsspielraum und trotzdem wird expandiert, was zu teuren Fehlentwicklungen geführt hat, wie das Beispiel der dritten Gesamtschule zeigt.**

Die UWG wird routinemäßige Kontroll- und Steuerungsmechanismen von der Verwaltung auf allen Entscheidungsebenen dazu einfordern. Insbesondere hat die Verwaltungsspitze über Jahre versäumt, ausreichend qualifiziertes Personal in den Schlüsselpositionen z. B. im Bauamt für diese Herausforderungen zu rekrutieren. Auch die Politik ist ihrer Sorgfalts- und Prüfungspflicht nicht nachgekommen, die Beseitigung der engpassbegründeten Ineffizienzen in der Verwaltungsorganisation und die eklatante fachliche Personalunterbesetzungen auf breiter Front anzumahnen und solche massiven Defizite zur vordringlichen Bearbeitung einzufordern.

Personalarbeit ist Chefsache! Die unzureichende Personaldecke in den qualifizierten Schlüsselpositionen in der mittleren, wie oberen Verwaltungsebene mit Ingenieuren im Hoch- und Tiefbau, Stadtplanern, Verkehrsexperten sind ein dringlich zu auflösender Engpass. Eine angemessene Personalausstattung muss an den strategischen Herausforderungen gekoppelt sein, sonst darf man eine solche Investitionsoffensive, wie sie der Bürgermeister initiiert und die Politik gebilligt hat, nicht zulassen.

Die gravierenden Fehlplanungen, wie am Beispiel der dritten Gesamtschule zu sehen, finden am Ende in unerklärlich hohen Fehlplanungen ihren negativen Niederschlag zu Lasten der Steuerzahler. Die UWG wird hier zur Lösung weiter den Finger in die Wunde legen und eigene Vorschläge vorbereiten.

## » Nur eine finanzierbare und nachhaltig ausgerichtete Haushalts- und Investitionspolitik sichert Generationengerechtigkeit.

Es darf nicht sein, dass eine junge Generation, die sich heute für nachhaltigen Umwelt- und Klimaschutz einsetzt, morgen auch noch die Finanzlöcher einer heute verfehlten Haushaltspolitik stopfen muss. Wir setzen uns seit Jahren ein für eine finanzierbare Haushalts- und Investitionspolitik, die nicht mit exorbitanten Schulden als Hypothek, die Haushalte nächster Generationen handlungsunfähig macht. Die Stadt hat ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass solide Finanzen und ein strukturell nachhaltig ausgeglichener Haushalt aus eigener Kraft gewährleistet sind. Denn ohne Moos nix los!

Grundsätzlich sollte der Investitionsbedarf nicht vorrangig von der Verfügbarkeit liquider Mittel, Fördermitteln oder einer zinsgünstigen Kreditkonjunktur bestimmt werden, sondern danach entschieden werden, ob mittelfristig ausreichend eigene Finanzmittel vorhanden sind, um auch spätere Folgekosten im Haushalt verkraften zu können. Vor allem die Aspekte der Notwendigkeit/Dringlichkeit und der Sinnfälligkeit mit dem größtmöglichen Bürgernutzen, sollten für die Investitionspolitik maßgeblich sein.

Wenn es am Ende notwendig ist, bisher unterlassene Sanierungsinvestitionen im Tiefbaubereich (Straßennetz, Kanalisation etc.) oder Investitionen in Kindertagesstätten und Schulentwässerung durchzuführen, dann hat das Vorrang auch mit der Konsequenz, neue Projekte zurückstellen zu müssen.



» Die ungelöste Frage zur Finanzierung der dramatisch steigenden Pensionslasten wird in der neuen Legislaturperiode von der UWG wiederholt zur Klärung aufgegriffen.

Die Altersversorgung der städtischen Beamtinnen und Beamte ist eine tickende Zeitbombe der zukünftigen Haushalte. Die Finanzierung der Pensionen allein aus dem laufenden Haushalt wird wegen des demografischen Wandels und der steigenden Pensionslasten an seine Grenzen stoßen.

Es muss für eine nachhaltige Haushaltswirtschaft und im Sinne der Generationengerechtigkeit eine finanzielle Vorsorge getroffen werden. Die Gütersloher Politik hat – mit Ausnahme der Unabhängigen Wählergemeinschaft – dieses drängende Haushaltsthema nicht aufgegriffen, obwohl ein Teil der hohen liquiden Mittel aus der guten Steuerkonjunktur der letzten Jahre in ein Versorgungskonzept hätte fließen können. Die zukünftige Finanzierung der Pensionslasten ist eine offene Flanke im Gütersloher Haushalt.



» **Strategische Haushaltskonsolidierung schafft Bürokratieabbau und unterstützt den Digitalisierungsprozess in der städtischen Verwaltung.**

Seit Jahren plädiert die UWG für eine dringend notwendige strategische Haushaltskonsolidierung, weil sie der Schlüssel zur Erreichung eines strukturell nachhaltig ausgeglichenen Haushaltes im Sinne der Generationengerechtigkeit ist.

» **In der neuen Wahlperiode wird die UWG konsequent darauf drängen, dass die Handlungsempfehlungen der UWG: „Strategische Haushaltskonsolidierung“ umgesetzt werden.**

Eine Strategische Haushaltskonsolidierung ermöglicht den dringend notwendigen Bürokratieabbau mit dem Blick auf die Kernaufgaben in der städtischen Verwaltung und beschleunigt den Transformationsprozess der überfälligen Digitalisierung. Es geht hier nicht um einen Selbstzweck, sondern darum, die Strukturprobleme zu beseitigen und zukünftige Handlungsspielräume in der städtischen Haushaltspolitik zu schaffen.

Im Vordergrund muss die Definition der Kernaufgaben einer zukunftsfähigen und im Transformationsprozess auf Digitalisierung ausgerichteten städtischen Verwaltung mit einer bürgernah ausgerichteten Organisation stehen. Ebenso geht es um die Bestimmung, welchen kommunalen Leistungsstandard zur Erfüllung gesellschaftspolitischer und gesetzlicher Verpflichtungen es abzusichern gilt und welche städtischen Betriebseinrichtungen in Eigenregie notwendiger Weise zu betreiben sind. Der gravierende Zuschussbedarf für wenige öffentliche Einrichtungen mit jährlich festen Folgekosten und wiederkehrenden Instandhaltungs- und Investitionsbedarf, blockiert gleichfalls den Handlungsspielraum im Haushalt.

## »» **Wir müssen wieder mehr kommunale Eigenverantwortung in den Vordergrund stellen.**

Auch das ist seit Jahren eine politische Forderung der UWG. Kommunalverwaltungen haben in ihrer Selbstverantwortung nur eine Chance, wenn eine strategische Denkweise ihr Handeln zeitgemäß und wirtschaftlich prägt. Dazu gehören schlanke Strukturen in der Verwaltungsorganisation ebenso, wie der Einsatz ausreichend qualifizierter personeller Ressourcen und digitalisierte Ablaufprozesse.

Der ständige Verweis von Verwaltung und Kommunalpolitik auf Konnexität und gesamtstaatliche Verantwortung helfen dabei nicht. Längst gilt nicht mehr “Wer bestellt, der auch bezahlt“.

Es muss also der Politik und Verwaltung vor Ort klar werden, dass unabhängig von gesamtstaatlicher Verantwortung, die kommunale Eigenverantwortung im Vordergrund steht. Dabei geht es um Zielklarheit und Prioritätensetzung in der Haushalts- und Investitionspolitik, um den Stadthaushalt mittelfristig im Gleichgewicht zu halten.

Die kommunale Eigenverantwortung steht dabei im Vordergrund, d.h. alle Potenziale einer Konsolidierung zum Wohle der Stadt ausschöpfen zu wollen und solide Finanzen aus eigener Kraft zu schaffen.



## **Ihre Ansprechpartner der UWG Gütersloh:**

Peter Kalley  
Telefon: 05241 54482  
E-Mail: [pk@uwg-guetersloh.de](mailto:pk@uwg-guetersloh.de)

Norbert Bohlmann  
Telefon: 05241 27471  
E-Mail: [nb@uwg-guetersloh.de](mailto:nb@uwg-guetersloh.de)

Hiltrud Wulle  
Telefon: 05241 79264  
E-Mail: [hw@uwg-guetersloh.de](mailto:hw@uwg-guetersloh.de)

UWG-Geschäftsstelle  
Julius-Leber-Straße 1  
33332 Gütersloh

Telefon: 05241 54482  
E-Mail: [info@uwg-guetersloh.de](mailto:info@uwg-guetersloh.de)

Stand: 13.07.2020

V. i. S. d. P.: Peter Kalley | Julius-Leber-Str. 1 | 33332 Gütersloh

Konzeptionelle und redaktionelle Beratung: Walter Otte

Layout und Gestaltung: Patrick P. E. Kalley



**CO<sub>2</sub> NEUTRAL**

DE201533376X01

by flyeralarm

 [www.uwg-guetersloh.de](http://www.uwg-guetersloh.de)

 [www.facebook.com/uwgg](https://www.facebook.com/uwgg)